

AKTUELL

STUDIENBEIHILFEN

Der Druck der Straße

David Angel

Der Protest gegen die geplanten Einsparungen bei den Studienbeihilfen geht in die nächste Runde. „Die Möglichkeiten des Dialogs sind ausgeschöpft“, sagt die Unel und bereitet eine Großdemonstration vor.



„Streik!“ schallt es von den Dächern in diesen Tagen. Ein Bündnis von Jugendorganisationen hat für Freitag, den 25. April, zu einem eintägigen SchülerInnen- und StudentInnenstreik aufgerufen. Der Protest richtet sich gegen die Sparpläne der Regierung bei den Studienbeihilfen. Zur Erinnerung: Hochschulminister Claude Meischs Gesetzesprojekt 6670 sieht drastische Einsparungen bei der Vergabe von Studienbeihilfen vor. Statt der bisherigen 6500 Euro „Bourse“ im Jahr, soll es jetzt nur noch einen Basisbetrag von 2000 Euro geben, zusätzlich dazu eine an soziale Kriterien gekoppelte „Sozial-Bourse“ und eine entsprechende, an den Wohnsitz gebundene, „Mobilitäts-Bourse“. Darüber erregen sich seit Wochen die Gemüter. Gleich zwei Online-Petitionen und diverse Facebook-Seiten richten sich gegen das Gesetzesprojekt, und sowohl LCGB als auch OGBL haben ihre ablehnende Haltung klargemacht.

Nun rüsten die Studentenorganisationen sich für die nächste Stufe des Protests. Ein Bündnis aus Unel, LUS (Luxembourg University Student's Organization), dem KünstlerInnenkollektiv Richtung22, den Jeunesses socialistes, Jeunesses communistes, Jonk Lénk und Jonk Piraten ruft seit einer Woche zum „Streik“ auf. Unterstützt wird das Bündnis seit kurzem auch von den Schülerkomitees des LGL, LGE und des LCD. Die Cnel, Confédération nationale des élèves luxembourgeois, wird erst im Lauf der nächsten Woche ihre Entscheidung bekannt geben, wobei alles danach aussieht, dass auch sie sich am Streik beteiligen wird. Diverse Schülerkomitees werden sich in den nächsten Tagen entscheiden, von den meisten gibt es allerdings bereits informelle Zusagen.

Kurzfristige Mobilisierung

„Es ist wahr, die Mobilisierung ist sehr kurzfristig“ gibt Milena Steinmetzer von der Unel zu, „aber wir haben nicht viel Zeit. Das Gesetzesprojekt wurde schon eingereicht, demnächst werden sich Chamberkommission

und Conseil d'État mit ihm befassen. Deswegen haben wir uns entschieden, schnell zu handeln.“ Die Jungliberalen der JDL und die Studentenorganisation Acel allerdings haben sich gegen den Streik ausgesprochen. Unter dem Titel „Studienbeihilfen: Dialog statt Streik“ setzt sich die JDL für das Gesetzesprojekt 6670 ein, schlägt aber die Schaffung eines „staatlichen Fonds zur Unterstützung von Studenten, die nachweislich nicht von den Eltern unterstützt werden“ vor. Die Acel, die sich eigentlich gegen das Gesetz in der Form ausgesprochen hatte, setzt nun auch auf „Dialog“ und findet, „dass Streik nicht der richtige Weg ist, eine Meinung auszudrücken“.

Mit der Parole „Nachhilfe für Minister Meisch“ fordert das Streikbündnis „alle SchülerInnen und StudentInnen“ dazu auf, sich am nächsten Freitag ab 10 Uhr auf dem Glacis, dem Bahnhofsvorplatz und auf dem „Geesseknäppchen“ zu versammeln und gemeinsam zum Bildungsministerium zu ziehen. „Wobei die Route noch nicht ganz klar ist“, erklärt Milena Steinmetzer, „die Stadt Luxemburg und die Polizei, mit denen wir eine Unterredung hatten, versuchen, uns Steine in den Weg zu legen.“ Aus Angst vor einem „totalen Verkehrschaos“ bemühten sich die Verantwortlichen bei der Stadt, die vorgeschlagene Route umzuändern. „Man hat uns unter anderem vorgeschlagen, doch nur eine Delegation von 100 Schülern vom Geesseknäppchen aus in die Stadt zu schicken. Auch der Einsatz von Bussen wurde uns vorgeschlagen, um drei gleichzeitig stattfindende Protestmärsche zu verhindern“, erregt sich die Vertreterin der Unel. „Doch es gibt etwas, das sich Demonstrationsrecht nennt, und das nehmen wir in Anspruch. Es ist unser Recht!“ legt sie nach. Minister Meisch hat seinerseits angekündigt, dass die am Streik teilnehmenden SchülerInnen nicht mit Repressalien zu rechnen hätten und jedem die Teilnahme an der Protestaktion freistehe.

SHORT NEWS

HIV-Infektionsrate stagnierend

(avt) - Bei der Bekämpfung von HIV/Aids gibt es weltweit einen positiven Trend, doch spiegelt dieser sich nicht in Luxemburg wider. Mit 82 Infektionen 2013 - gerade einmal einer Infektion weniger als 2012 - stagniert die Zahl der Neuinfektionen. Aufklärung und Prävention sind noch immer vonnöten. So ruft das Luxemburger Aids-Überwachungskomitee dazu auf, sich im Zweifel einem HIV-Test zu unterziehen. Denn bis zu 400 Personen leben nach Schätzungen des Komitees in Luxemburg unwissentlich mit einer HIV-Infektion. Die Aids-Beratungsstelle, die 2013 ihren Namen in „HIV-Berodung“ änderte, will in Zukunft verstärkt auch die Bekämpfung anderer Infektionen und sexueller Krankheiten wie Hepatitis C ins Auge fassen. Rund 4.000 mit Hepatitis-C-Infizierte leben derzeit in Luxemburg. Die Infektion erfolgt über die gleichen Wege wie bei HIV, dementsprechend sind die Präventionsmethoden und Zielgruppen auch weitgehend identisch. Allerdings sind die Behandlungskosten einer Hepatitis-C-Infektion wesentlich höher. Obschon es noch keine Therapie gibt, die den HI-Virus beseitigt, ermöglicht eine medikamentöse Behandlung HIV-Infizierten heutzutage jedoch ein weitgehend eigenständiges Leben. Ihre Lebenserwartung stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an. Die „HIV-Berodung“ will künftig wieder verstärkt Aufklärung unter Homosexuellen leisten, da 37 der 82 neuen Infektionsfälle im Kontext von Sex unter Männern stünden. Diese Zielgruppe anzusprechen und das Thema HIV zugleich nicht ausgrenzend einzugrenzen, dürfte die größte Herausforderung sein.

Piraten entern Schengen

(da) - Die Piratenpartei lädt zu ihrem Europakongress ein - nach Schengen. Bei dem Kongress soll über das definitive Wahlprogramm für die Europawahlen abgestimmt werden. In vier Versammlungen, „Ideastorms“ im Piraten-Jargon, wurden Ideen gesammelt, die, zu einem Programmentwurf zusammengefasst, in Schengen diskutiert werden sollen. Der Entwurf ist im Internet einsehbar, Änderungsvorschläge sind willkommen. Schengen ist für die Piraten „ein Schlüsselort unseres modernen Europas“. Für andere dürfte das Winzendorf an der Mosel eher Schlüsselort des gleichnamigen Abkommens sein. Dieser Grundpfeiler des „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ in der Europäischen Union, wird regelmäßig von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen für eine repressive und menschenunwürdige europäische Flüchtlingspolitik verantwortlich gemacht. Laut „Le Monde diplomatique“ sind allein in den ersten zwanzig Jahren des Schengener Abkommens über 20.000 Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen ums Leben gekommen. Auch Eurodac, eine „umfangreiche Datenbank für Fingerabdrücke von Asylbewerbern und in der EU aufgegriffenen illegalen Einwanderern“, hat ihren Ursprung im Schengener Abkommens. Wie die Piraten zu Datenschutz gegenüber Flüchtlingen stehen, wird sich ja vielleicht während des Kongresses zeigen.

Agrargifte im Bienenpollen

(avt) - Über zwei Drittel des Pollens in den Bienenstöcken europäischer Länder sind mit bis zu 17 verschiedenen giftigen Pestiziden belastet, so das Ergebnis einer Greenpeace-Studie. Bei den Chemikalien, die in den gesammelten Pollen nachgewiesen wurden, handelt es sich um eine Vielzahl von Insektiziden, Akariziden, Fungiziden und Herbiziden, die von Agrochemieunternehmen wie Bayer hergestellt werden. Die Studie, auf die sich Greenpeace stützt, ist die größte Untersuchung ihrer Art in Europa. Im Rahmen der Studie wurden mehr als 100 Proben aus zwölf Ländern analysiert, insgesamt wurden 53 verschiedene Chemikalien nachgewiesen. Die Studie zeigt eine unverantwortliche Belastung von Bienen und anderen wichtigen Bestäuberinsekten auf. Bienen würden einem Cocktail von toxisch wirkenden Pestiziden ausgesetzt, erklärt Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg, für die die Untersuchung beweist, dass das aktuelle Landwirtschaftsmodell in Europa, das auf intensivem Einsatz von giftigen Pestiziden und großflächigen Monokulturen basiert, dringend reformiert werden muss.